


Antrag an den 63. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland 30./31.03.2019, Lutherstadt Witteberg	
 europa-union deutschland <i>Mitwirken am Europa der Bürger</i>	wird vom Bundessekretariat ausgefüllt
Einzureichen bis: 25. Februar 2019	Nr. des Antrags:
Antragsteller (Organe des Bundesverbandes, der Landesverbände, der Bezirks- und Kreisverbände sowie der JEF Bundesvorstand): Landesversammlung/Landesvorstand	Titel/Thema: Empfehlung der Antragskommission:
Bundesverband <input type="checkbox"/> Landesverband (des Antragstellers): NRW JEF <input type="checkbox"/>	

1
2
3
4
5

Der BUNDESKONGRESS der Europa-Union Deutschland möge beschließen:

6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Europas Zukunft ist der Bundesstaat

Auch wenn aktuelle Entwicklungen in und außerhalb der Europäischen Union eine Debatte über einen europäischen Bundesstaat unterdrücken, gar obsolet erscheinen lassen, hält die Europa-Union Deutschland an ihrem langfristigen Ziel, dem Europäischen Bundesstaat, als Zukunftsprojekt für den gesamten europäischen Kontinent fest.

Die Europa-Union Deutschland unterstützt daher die nachstehenden Feststellungen und Forderungen, die ihr Jugendverband, die Jungen Europäischen Föderalisten, bereits in ihre Beschlusslage aufgenommen haben.

Wir wollen ein handlungsfähiges Europa!

Die Nationalstaaten stoßen insbesondere vor dem Hintergrund der voranschreitenden Globalisierung in vielen Bereichen an die Grenzen ihres politischen Gestaltungsspielraums. Viele Herausforderungen unserer Zeit wie die Regulierung von Unternehmen und Finanzmärkten, die Nutzung der Chancen der Digitalisierung, der Datenschutz oder die Aufnahme von Flüchtlingen lassen sich nicht mehr sinnvoll auf nationaler Ebene, sondern nur noch gemeinsam auf europäischer Ebene lösen. Besonders augenfällig ist dies im Bereich der Außenpolitik: Angesichts des Entstehens einer multipolaren Weltordnung mit neuen Mächten wie Indien und China sind selbst große EU-Mitgliedsstaaten zu klein, um ihre Interessen in der internationalen Politik erfolgreich vertreten und weltpolitisch Verantwortung übernehmen zu können. Manche Herausforderungen wie z.B. die Bekämpfung des Klimawandels lassen sich sogar nur global lösen. Gerade in diesen Fragen ist es entscheidend, dass Europa mit einer Stimme spricht. Diese Beispiele verdeutlichen: Gemeinsame Herausforderungen bedürfen gemeinsamer Lösungen. Diese Formel macht für uns Föderalisten auch den Wesenskern des Föderalismus aus. Die Europäische Union jedoch verfügt in ihrer derzeitigen Struktur nicht über die notwendigen Kompetenzen, um diese Herausforderungen meistern zu können.

Dass Teile der Bevölkerung der EU kritisch oder sogar ablehnend gegenüberstehen, liegt auch darin begründet, dass die EU in den vergangenen Jahren oft nicht in der Lage war, auf Krisen und politische Entwicklungen schnell und entschlossen zu reagieren und deren

39 Ursachen zu begegnen. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise beispielsweise hat
40 Europa in besonderem Maße getroffen und damit schmerzhaft deutlich gemacht, dass
41 zwischenstaatliche Lösungen Krisen nur verzögern anstatt sie zu bewältigen.

42

43 **Wir fordern einen europäischen Bundesstaat, damit Europa handlungsfähig wird. Um**
44 **den Stillstand in der EU zu überwinden, müssen wir die europäische Ebene mit jenen**
45 **Kompetenzen ausstatten, die sie braucht, um handlungsfähig zu sein.**

46

47 **Wir wollen eine europäische Demokratie!**

48

49 Viele EU-Bürger haben das Gefühl, dass sie auf die Entscheidungen, die auf europäischer
50 Ebene getroffen werden, keinen Einfluss haben; ja, dass sie noch nicht einmal die
51 grundlegende Richtung der europäischen Politik mitbestimmen können. Auch das
52 Europäische Parlament als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger lässt eine solche
53 Politisierung vermissen, die unterschiedliche politische Konzepte deutlich werden ließe und
54 erkennbar machen würde, welche Politikerinnen und Politiker sowie Parteien für welche
55 Politik verantwortlich sind. Dem Institutionengefüge der EU mangelt es an dem für
56 Demokratien so wichtigen Wechselspiel aus Regierung und Opposition. Es fehlt an einer
57 europäischen Regierung, die die politische Richtung vorgibt und die ihre Legitimation aus
58 einer bei der Parlamentswahl errungenen Mehrheit der Stimmen der Bürgerinnen und
59 Bürger schöpft. Es fehlt an einer ihr gegenüberstehenden Opposition, die die Arbeit der
60 Regierung kritisch begleitet, Alternativen aufzeigt und Missstände anprangert.

61

62 Dass die Leitlinien der europäischen Politik nicht von einer vom Europäischen Parlament
63 gewählten europäischen Regierung, sondern vom Europäischen Rat bestimmt werden, ist
64 Ausdruck eines Demokratiedefizits der Europäischen Union.

65

66 Dass die Stärkung der demokratischen Legitimation europäischer Politik dringend notwendig
67 ist, zeigt ein weiteres, gravierendes Problem: Aufgrund der dominanten Rolle, die die
68 nationalen Regierungen und insbesondere die Staats- und Regierungschefs derzeit bei
69 Entscheidungen spielen, bestimmen die Politiker eines Landes maßgeblich die Politik
70 anderer Länder mit. Dieser Einfluss reicht bis hin zu haushaltspolitischen Fragen und
71 grundlegenden politischen Richtungsentscheidungen. Das aber bedeutet, dass Bürger von
72 Entscheidungen von Politikern betroffen sind, an deren Wahl sie nicht beteiligt gewesen
73 sind.

74

75 Mit besonderer Sorge beobachten wir als Europa-Union, dass die Macht der Regierungen in
76 Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise stetig gewachsen ist und mehr und mehr
77 weitreichende Entscheidungen auf intergouvernementaler Ebene getroffen werden –
78 teilweise sogar außerhalb der Institutionen der EU. Damit entzieht sich die europäische
79 Politik in zunehmendem Maße der parlamentarischen Kontrolle. Der Europäische Rat hat
80 sich vom Wegbereiter zum Wegbeschreiter entwickelt, lässt aber politischen Reformwillen
81 vermissen. Durch diese schleichende Kompetenzverschiebung von Parlamenten zu
82 Regierungen wächst das europäische Demokratiedefizit weiter. Das Europäische Parlament
83 wird umgangen, die nationalen Parlamente werden vor vollendete Tatsachen gestellt. Ziel
84 muss es daher sein, Entscheidungen dieser Art in die Hände transnationaler, demokratisch
85 legitimerter und dem europäischen Gemeinwohl verpflichteter Institutionen zu legen.

86

87 Mit der unzureichenden Handlungsfähigkeit einerseits und dem Demokratiedefizit
88 andererseits weist die Europäische Union zwei grundlegende Mängel auf, die den
89 Fortbestand der EU gefährden, da auf der einen Seite Probleme nicht gelöst werden können
90 und auf der anderen Seite ein Vertrauensverlust bei den Bürgern entsteht. Deshalb gilt es,
91 diese Mängel durch eine grundlegende Neuordnung der Strukturen hin zu handlungsfähigen
92 und demokratischen Vereinigten Staaten von Europa zu überwinden. Dabei sind beide
93 Punkte eng miteinander verknüpft: Ein Mehr an Europa setzt zugleich auch ein Mehr an
94 Demokratie und Transparenz voraus. **Wir fordern einen europäischen Bundesstaat,**
95 **damit aus einem Zusammenschluss von Staaten eine supranationale europäische**
96 **Demokratie wird.**

97

98 Im Zentrum des politischen Systems der EU steht – statt einer europäischen Regierung, die
99 durch eine Opposition kontrolliert wird – der Europäische Rat der Staats- und

100 Regierungschefs, welcher keiner parlamentarischen Kontrolle durch ein Organ der EU
101 unterliegt.

102

103 **Wir wollen einen gesamteuropäischen Diskurs!**

104

105 Aufgrund der starken Rolle des Europäischen Rates und der schwachen Politisierung des
106 Europäischen Parlaments gibt es für die Medien kaum Anknüpfungspunkte für die
107 Berichterstattung über die Arbeit des Parlaments, kaum kontroverse Themen, die man
108 aufgreifen könnte. Es fehlt an Personen aus Kommission und Parlament, die Kraft ihrer
109 Position über maßgeblichen Einfluss verfügen und an denen sich unterschiedliche politische
110 Vorstellungen festmachen ließen. Erst durch Politiker aber, die abstrakte Politik
111 transportieren, wird diese für die Bürgerinnen und Bürger greifbar.

112

113 Dieser Mangel führt zwangsläufig dazu, dass der Fokus der Berichterstattung in erster Linie
114 auf dem Europäischen Rat und damit nicht auf unterschiedlichen politischen Konzepten,
115 sondern auf nationalen Gegensätzen liegt. Dieser Blickwinkel jedoch suggeriert,
116 Nationalstaaten seien monolithische Blöcke, verschleiert die eigentliche Natur von
117 politischen Entscheidungen und schadet damit dem europäischen Geist. Es ist also die
118 Struktur des politischen Systems, die die Form des öffentlichen Diskurses bestimmt und
119 damit die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit verhindert. **Wir fordern den**
120 **Bundesstaat Europa, damit wir europaweit gemeinsam darüber diskutieren, welche**
121 **Wege wir politisch einschlagen wollen.**

122

123 **Wir wollen die Vollendung des europäischen Projekts!**

124

125 Die Weiterentwicklung der EU zu einem föderalen und demokratischen Bundesstaat ist die
126 logische Fortsetzung der bisherigen historischen Entwicklung der europäischen Integration.
127 Die Vernetzung Europas nimmt in gesellschaftlicher sowie wirtschaftlicher Hinsicht immer
128 weiter zu. Was heute in einem Mitgliedsland entschieden wird, hat demnach immer auch
129 Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger sowie andere Mitgliedsländer. Darüber
130 hinaus nimmt auch die wechselseitige Abhängigkeit zwischen verschiedenen
131 Politikbereichen, für die derzeit häufig mal die Mitgliedschaften, mal die EU zuständig sind,
132 immer weiter zu. Nur die Vereinigten Staaten von Europa mit starken wirtschaftspolitischen
133 Kompetenzen erlauben es, die vielfältigen Abhängigkeiten bei der Ausgestaltung von Politik
134 zu berücksichtigen, und das historische Projekt eines europäischen Binnenmarktes zu
135 vollenden.

136

137 Auf diese Weise können auch die historisch bedingten ökonomischen und sozialen
138 Ungleichheiten verringert werden – etwas, was die bloße Existenz eines europäischen
139 Binnenmarktes nicht zu erreichen vermochte.

140

141 Die Schaffung eines europäischen Bundesstaates, in dem die Teilstaaten nach dem Prinzip
142 der Subsidiarität weiterhin über eigene Kompetenzen verfügen, erlaubt es,
143 Handlungsfähigkeit nach innen und außen, demokratische Strukturen und einen
144 gemeinsamen Diskursraum, die Wahrung europäischer Vielfalt und einen effektiven Schutz
145 von Minderheiten auf Basis gemeinsamer Werte miteinander zu verbinden. **Wir fordern den**
146 **Bundesstaat Europa, um das historische Projekt der europäischen Einigung zu**
147 **vollenden.**

148

149 Zweifelsohne wird ein Europäischer Bundesstaat nicht kurzfristig geschaffen werden
150 können! Es bedarf eines langfristigen aber dennoch stetigen Prozesses, in dem es darauf
151 ankommt, durch markante Teilergebnisse auf einen Europäischen Bundesstaat hinzuwirken.
152 Das Präsidium der Europa-Union Deutschland ist daher dazu aufgerufen, konkrete
153 Maßnahmen zu erarbeiten, die zu einem dauerhaften Diskurs über die Zukunft Europas
154 führen.

155

Begründung (ist bei einer Verabschiedung NICHT Teil des Beschlusses)